



"Immer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes Werden, als dienendes Glied schließt an ein Ganzes Dich an!"

Organ des Gewerfvereins der Porzellan-, Glas- u. verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.

Vierteljährlicher Abonnements-
preis 1 Mark für 1 Exemplar,
jedes weitere bis zu 5 Exempl.
direkt unter einer Adresse be-
zogen 75 Pf. — 45 Kr. Oester.
Währung.

Expedition: S. Alte Jacobstr. 64.
bei J. Bey. Alle Postanstalten
und Zeitungs-Speditionen neh-
men Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

vom

General-Rath.

Inserationsgebühr für die ges-
wöhnliche Seite 20 Pf. = 12 Kr.
Oester. Währ. — Arbeitsmarkt
15 Pf. = 9 Kr. Oester. Währ.
für Zusendung v. Offerten unter
Chiffre durch die Redaktion resp.
Expedition werden 25 Pf.
15 Kr. Oester. Währ. als Ver-
gütung erhoben.

Redakteur: Georg Lenz,
N.W. Stromstraße 48.

Nr. 30.

Berlin, den 27. Juli 1883.

Zehnter Jahrgang.

Amtlicher Theil des Generalraths.

An die Mitglieder unseres Gewerfvereins!

Gegenüber dem am Sonnabend voriger Woche erfolgten polizeilichen Eingriff in die Verwaltung der Verbands-Invalidenkasse der Deutschen Gewerfvereine halien wir uns zu der Erklärung verpflichtet, daß die Rechte der Mitglieder dadurch in keiner Weise berührt werden, daß also nicht der geringste Grund zur Beunruhigung vorliegt.

Indem wir im Übrigen auf die vom Verbandsbüro aus erfolgte, einzige richtige Darstellung des Vorgangs verwiesen (siehe diese unter "Sozialpolitische Nachrichten". Die Redaktion.) und noch besonders bemerken, daß von einer Beschlagnahme von Geldern durchaus nicht die Rede ist, ersuchen wir unsere Mitglieder, etwaige dem entgegenstehende gehässige Gerüchte mit Entschiedenheit zurückzuweisen.

Der Generalrath.

Gust. Lenz I.
Vorsteher.

J. Bey,
Hauptkassirer.

Georg Lenz,
Hauptchriftführer.

Eine neue Probe des Polizeistaates.

Der polizeiliche Eingriff in die Verwaltung der Verbands-Invalidenkasse der Deutschen Gewerfvereine, über welche wir weiter unten Näheres berichten, hat überall in Deutschland das größte Aufsehen erregt. Es kann uns wahrlich nicht Wunder nehmen, daß die konservativen Organe, die erbitterten Feinde liberaler lebensfähiger Schöpfungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik, daß die journalistischen Vertreter des modernen Staats-Sozialismus, welcher bisher nur todgeborene Gesetzentwürfe als Resultate seiner sozialpolitischen Bestrebungen aufzuweisen hat, diese scheinbare Habspost für die freie Arbeiterorganisation mit Jubel begrüßten und sofort ohne weitere sachliche Prüfung zur Verleumdung und Diskreditierung der freien Kassen ausbeuteten. Die Herren wissen sehr wohl, daß es keinen stärkeren, keinen unüberwindlichere Feind für die sozialpolitischen Volksbegünstigungspläne des Kanzlers giebt, als die Vereinigung der freien Arbeiter, welche selbst die Sorge für ihre Zukunft auf sich nehmen. Ihre Angelegenheiten ohne Bevormündung selbst führen. Von den Gegnern dieser Bestrebungen geht aber auch die neueste

Mafzregel gegen die Verbands-Validenkasse der Deutschen Gewerfvereine aus.

Die mit Regierungskreisen in enger Führung stehende "Berliner Börsen-Zeitung" führt die Anordnung zur Beschlagnahme direkt auf den "Herrn Handelsminister" zurück. In eingeweihten Kreisen erzählt man sich librigens, daß der Leiter der Kaiser-Wilhelmspende, Justizrat Stämmler, der Intimus des Herrn Stöder, den Herrn Handelsminister zu dieser Maßregel veranlaßt habe. Herr Stämmler hat schon früher eine literarische Fehde gegen die freien Validenkassen geführt, hat aber praktisch etwas Aehnliches, geschweige denn etwas Besseres nicht schaffen können. Die Wirksamkeit der von ihm geleiteten Kaiser-Wilhelmspende auf die Arbeiterversicherung ist gleich Null. Das ist selbst von regierungsfreundlicher Seite neulich konstatirt worden. Der fromme und wahrheitsliebende Hofsasse Stöder hat schon mehrfach in seinen Versammlungen den Gewerfvereinen den Tod angekündigt. Das sind die intellektuellen Urheber der neuesten Polizeimafzregel.

Ihr Ziel werden sie freilich nicht erreichen. Die beschlagnahmten Bücher der Verbands-Invalidenkasse sind, wie die funigirenden Polizeibeamten selbst erklärten, in musterhafter Ordnung. Das tendenziös verbreitete Gerücht von dem Vorhandensein einer Unterbilanz ist eine infame Lüge. Die Kasse hat seit ihrem 14jährigen Bestehen stets ihre Verpflichtungen erfüllt, einen Gesamtbetrag von 290 000 Mark an Invalidenpensionen bezahlt und verfügt außerdem über ein in guten Werthen angelegtes Baarvermögen von circa 210 000 Mark.

Mit der Zurückweisung des materiellen Angriffs ist aber noch nicht das formelle gewaltsame Vorgehen der Polizei gerechtfertigt. Es ist uns nicht gelungen, die rechtlichen Vorchriften zu ermitteln, auf welche die erwähnten Maßregeln sich stützen. Durchsuchungen und Beschlagnahmen bei einem "Beschuldigten" bedürfen stets der richterlichen Anordnung, und nur bei "Gefahr im Verzuge" können die Staatsanwaltschaft oder deren Gülsbeamte eingreifen. Daßemand hier einer strafbaren That beschuldigt oder gar die öffentliche Klage erhoben sei, ist von den Beamten nicht einmal erwähnt worden, und welche Gefahr vorhanden gewesen wäre, wenn der zuständige Richter um Anordnung der Beschlagnahme erst ersucht worden wäre, können wir uns wohl denken, glauben aber nicht, daß ein solche vom Gesetzgeber gemeint war. Der Richter würde nämlich möglicher-

weise die Beschlagnahme nicht bewilligt, vielmehr eine Einsichtnahme für genügend erachtet haben. Wenn aber die Polizei als Aufsichtsbehörde gehandelt haben sollte, weshalb haben die zuständigen Organe das frühere Gesuch der Invalidenkasse nicht angenommen, eine ständige Aufsicht über die Geschäftsführung derselben zu übernehmen, damit dieselbe Korporationsrechte erlangen könnte. Beihufs der Revision der Grundlagen und der Geschäftsführung, welche die Polizei als Grund ihres Einschreitens angab, genügte es doch vollständig, die Verwaltung der Kasse auf dem sonst stets üblichen Wege zur Berichterstattung und Hergabe des erforderlichen Materials zu veranlassen. Solchen wiederholten Gesuchen des Berliner Polizeipräsidiums an die Verbandsleitung, die einzelnen Generalräthe und Kassenvorstände ist jederzeit bereitwilligst entsprochen worden; es liegt kein Grund zur Annahme vor, daß diesmal nicht das gleiche Entgegenkommen gezeigt worden wäre. Zudem wird die Verwaltung der Verbands-Invalidenkasse unter vollster Deßentlichkeit geführt. Seit zwei Jahrzehnten wird der Sachverständige Herr Dr. Billmer von dem Berliner Polizeipräsidium und anderen hohen Behörden amtlich konsultiert, der die Grundlagen für die Verbandsinvalidenkasse feststellt, der ihre Geschäftsführung auf jedem Verbandstage prüft, zuletzt noch im Juni d. J. in Stralsund. Weshalb wendet sich die Polizei nicht an diesen Herrn um Auskunft? Alle Rechnungsablagen, Beschlüsse, Protokolle, Verhandlungen, Besuche, Schiedsgerichtsentscheidungen und Sachverständigen-Gutachten, welche auf die Kasse Bezug haben, werden durch den Druck veröffentlicht und den Behörden zugänglich gemacht. Weshalb nimmt die Polizei hiervon keine Kenntnis.

Nach dem Gesagten ist das Recht der Polizei zu dieser Beschlagnahme ein sehr problematisches. Es sind alle Maßregeln getroffen, um die Entscheidung hierüber an zuständiger Stelle herbeizuführen. Wenn es der Polizei oder ihren Auftraggebern nicht gelingen sollte, ihr Vorgehen zu rechtfertigen, was wir heute noch nicht wissen, wenn sich das Gericht bestätigen sollte, daß der Zweck der Beschlagnahme die Gewinnung von Materialien für die Staatsversicherung ist, dann wäre hier der Staatssozialismus schon zur polizeilichen Konfiskation von Privateigentum geschritten. Diese Thatsache wäre sicherlich für jeden Vaterlandsfreund äußerst betrübend.

(„Freie Zeitung.“)

Gewerbliche Fachschulen.

Die von der preußischen Regierung unlängst veröffentlichte „Denkschrift über die Entwicklung der gewerblichen Fachschulen“ ist nicht geeignet, einen erfreulichen Eindruck zurückzulassen. Bei aller Anerkennung dessen, was mit den beschränkten Mitteln geleistet worden ist, ist doch die bis in alle Einzelheiten mit Zahlen belegte Thatsache, daß in dem großen Kulturstaate Preußen aus Mangel an disponiblen Geldern so wenig für die Förderung des technischen Unterrichts gethan werden kann, nicht geeignet, uns mit patriotischem Stolz zu erfüllen. Daß die Erkenntniß der hohen Bedeutung des technischen Unterrichts an leitender Stelle in vollem Maße vorhanden ist und auf jeder Seite der Denkschrift zum Ausdruck gelangt, trägt nur dazu bei, den Nebelstand in einem noch schlimmeren Lichte erscheinen zu lassen. In den drei letzten Jahren hat die Staatsregierung im Gauzen einen Betrag von 215 708 Mk. im Ordinariuim und 543 860 Mk. im Extraordinarium, zusammen also 759 508 Mk. für das mittlere und niedere Fachschulwesen ausgezahlt. Was will eine so winzige Summe gegenüber einer Sache von hohem wirtschaftlichen und sozialen Werth und gegenüber den für den gleichen Zweck gethanen Leistungen anderer, selbst viel kleinerer Staaten bedeuten!

Aber so geringsfügig diese Summe auch erscheinen mag, so wird dadurch doch noch nicht das geringe Maß dessen erkennbar, was überhaupt zur Förderung des technischen Unterrichts von Staatswegen aufgewendet worden ist. Wenn man von den angeführten, im Ordinariuim bewilligten Summe von 215 708 Mk. den Betrag von 148 430 Mk. abzieht, um welchen die Dotation des Kunstmuseum in Berlin und zwar zum größten Theile zur Besteitung reiner Verwaltungsausgaben erhöht worden ist, welche durch die Verlegung derselben in ein neues größeres Gebäude notwendig geworden sind, so bleibt, wie in der im Monat April abgehaltenen Sitzung der standigen Kommission für das technische Unterrichtswesen hervorgehoben wurde, der verschwindend kleine Theil von 67 278 Mk. im Ordinariuim übrig, und wenn man von den Ausgaben des Extraordinariums den

unter besonderen, außerhalb des technischen Unterrichts liegenden Umständen der Stadt Düsseldorf gewährten Zuschuß zur Herstellung eines Gebäudes für ein Kunstgewerbemuseum und eine Kunstmuseum von 180 000 Mark und den Anteil des Staats an den Kosten der Erbauung und Einrichtung der neuen Webeschule in Crefeld mit 325 000 Mk. abrechnet, so sind extra-ordinair nur 38 500 Mark verfügbar gemacht worden. Unter diesen Umständen ist es nicht zu verwundern, wenn wir in der angeschilderten Denkschrift auf jeder Seite klagen über die Unzulänglichkeit der Mittel finden, die es nicht erlaubt, oft selbst den dringendsten Bedürfnissen Rechnung zu tragen, und die, wie ein Redner in der Kommission bemerkte, „die Entwicklung dieses Zweiges des Unterrichtswesens gegen andere Zweige und gegen den Stand desselben in anderen Staaten bisher in bedauerlicher und nicht länger zu ertragender Weise zurückgehalten hat.“

Aus der langen Reihe von Gegenständen, die hier in Frage kommen, wollen wir nur einen einzigen herausgreifen, der unter den jetzigen Verhältnissen eine ganz besondere Beachtung verdient. Aus den für den technischen Unterricht verfügbaren Mitteln werden zur Zeit folgende, die Erhöhung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts nach dem Muster des Berliner Lette-Vereins erreichende Anstalten unterstützt: das Heimathshaus für Töchter höherer Stände in Berlin jährlich mit 600 Mk., die Industrie- und Fortbildungsschule für Frauen und Mädchen in Rheydt mit 1000 Mk., die Industrie- und Handelschule des Königsbergs Witt in Königsberg mit 500 Mk., die Handels- und Gewerbeschule für Mädchen in Elbing mit 900 Mk., der Frauen-Erwerbsverein in Potsdam mit 400 Mk. die Industrieschulen in der Bürgermeisterei Alten-Essen für nicht mehr schulpflichtige Mädchen mit 500 Mk., im Ganzen 3900 Mk. Ferner heißt es in der Denkschrift: „Es sind in der Nähe von Schmiedefeld in den drei Dörfern an den Abhängen des Niesengebirges Kurse für Spizzennähen eingerichtet, in welchen der Unterricht von Stickerinnen ertheilt wird, die vor 25 Jahren von dem damaligen Handelsministerium aus Belgien und Österreich nach Schlesien gezogen waren. Die obere Leitung des Unterrichts und den Vertrieb besorgt eine vierte Stickerin von Schmiedeberg aus. Der Unterricht wird gut besucht, und die Arbeiten der Schülerinnen finden Anerkennung und Absatz. Einer weiteren Entwicklung wäre dieser Erwerbszweig gewiß fähig, wenn der Verwaltung des technischen Unterrichtswesens die Mittel zur Verfügung ständen, um die Schulen zu vermehren und mehr tüchtige Lehrerinnen zu gewinnen, außerdem aber in Verbindung mit dem Kunstmuseum einen Kursus für Spizzennähen und Zeichnen einzurichten, wie ein solcher seit einigen Jahren am österreichischen Museum für Kunst und Industrie mit bestem Erfolge besteht, um zugleich von dieser Stelle aus den Mangel an guten Mustern, welchen die vorhandenen drei Schulen sehr empfinden, zu beseitigen. Soweit die Zeit einer anderweitig stark in Anspruch genommenen Stickerin, welche auf Kosten der Unterrichtsverwaltung mehrere Jahre in Wien ausgebildet worden ist, es erlaubt, bemüht sie sich, diesem Bedürfnis abzuhelfen. Leider stehen augenblicklich keine Mittel zur Verfügung, um sie als Lehrerin und Musterzeichnerin für Nadelspitzen ihrer Ausbildung entsprechend zu verwenden.“ Zur richtigen Würdigung der hier geschilderten Zustände muß man bedenken, daß es im Königreich Sachsen 31 Spizzenschulen gibt, von denen die Mehrzahl das Klöppeln lehrt, und welche 1879 ca. 2000 Schülerinnen zählten. Weiter heißt es in der Denkschrift: „Die Errichtung einer Spezialschule für Konfektion in Berlin, dem Hauptorte dieser wichtigen Branche, würde voraussichtlich dieselbe gegenüber der französischen auf dem Weltmarkt noch konkurrenzfähig machen.“

Wie überaus traurige Verhältnisse sind es, die hier aufgedeckt werden! Mit wenigen Tausend Mark jährlich geht man an die Besserung von Zuständen heran, bei denen es sich um Fragen von der eminentesten sozialen Bedeutung handelt. Nach den bisher gemachten Erfahrungen ist es offenbar, daß durch geeigneten technischen Unterricht an Mädchen eine gesunde Hausindustrie großgezogen und Segen und Wohlstand in verarmte Gegenden hineingetragen werden kann. Die Regierung sieht das in vollem Maße ein, — aber sie kann nichts thun, weil ihr wenige Tausend Mark zur Ausführung des zivilisatorischen Werkes fehlen. Dies sind keine gesunden Zustände in einem Kulturstaat. Es handelt sich hier um Lebensfragen der Nation, durch deren glückliche Lösung in der besten Weise der Arbeiternoth entgegengearbeitet werden könnte, denn die Erwerbsfähigkeit steigern heißt

das Elend vermindern. Hoffen wir daher, daß die Regierung aus ihrem Zustande der stillen Resignation und des passiven Zuwartens heraustrate. Hier öffnet sich auch ein fruchtbare Feld der Übung praktischen Christenthums, und des Beifalls aller Parteien im Lande dürfte die Regierung bei thatkräftigem Vorgehen nach dieser Seite hin sicher sein.

Das Handwerkzeug in der Glasindustrie.

„Gut Geschirr, halbe Arbeit.“

I.

Das eben zitierte Sprichwort, welches zugleich Wahrwort ist, wird heutzutage, in dem Zeitalter der Maschinen, nicht überall genügend befolgt. Die Zeitzeit hat es in der Mechanik zu noch nicht dagewesenen Erfolgen gebracht und dennoch giebt es heute noch Industriezweige, in welchen die auf mechanischem Gebiete errungenem Fortschritte sich verhältnismäßig wenig bemerkbar machen. Zu diesen Industriezweigen gehört die Glasindustrie, welcher die folgenden Zeilen gewidmet sind.

Wie die Ueberschrift besagt, soll hier nur von dem Handwerkzeug, welches bei der Glasindustrie Verwendung findet, die Rede sein, nicht von den eigentlichen Arbeitsmaschinen. Wir übergehen also die schon zu hoher Vollkommenheit gebrachten, aber in Deutschland und Österreich bedauerlicherweise bisher nur vereinzelt in Anwendung gekommenen Schnellpressen, die Schleifmaschinen, Mattirmaschinen und Anderes. Was am meisten reform- und verbessерungsbedürftig ist, das ist das eigentliche Handwerkzeug des Glasmachers, desjenigen Arbeiters, dessen Fertigkeit in der freihändigen Formung der Glasgefäße durch entsprechend konstruiertes Handwerkzeug wesentlich erhöht und unterstützt werden kann. Künstige „Glasmäster“ können hier einwenden, daß trotz der primitiven Werkzeuge schon manches Kunstwerk aus Glas zu Stande gebracht wurde. Dem kann nicht widersprochen werden; aber berücksichtigt muß werden, mit welchen Mühen und nach wie viel mißlungenen Versuchen eben diese „Kunstwerke“ geschaffen wurden. Es blieb eben dann bei ver einzelter Schauspielen, welche durch ihre kostbare Herstellung für die Groß-Industrie bedeutungslos blieben, unbeschadet ihres Kunstwerthes. Die Zeit, in welcher Luxusglas — das Wort Luxus in der eigentlichsten Bedeutung des Wortes verstanden — so viel Absatz fand, daß viele Glassfabriken sich nur mit der Erzeugung dieses Artikels beschäftigen und dabei prosperieren konnten, diese Zeit ist vergangen. Auf dem Markt der Zeitzeit begeht man wohl auch geschmackvolle Ware, aber dieselbe muß nebenbei billig sein. „Gut und billig“, das ist die Devise des heutigen Marktes.

Gut und zugleich billig zu produzieren ist aber nur dann möglich, wenn rasch und viel erzeugt werden kann. Handelt es sich nicht um das auf rein mechanischem Wege erzeugte Preßglas, welches eben dadurch, daß es der Devise „gut und billig“ am leichtesten genügen kann, fortwährend steigende Absatzfähigkeit erreicht — sondern um das eigentliche „Hohlglas“, dann muß der Fabrikant dieses Artikels auch danach streben, die Leistungsfähigkeit seiner Arbeiter und deren manuelle Fertigkeit durch vervollkommnete Werkzeuge zu erhöhen. Gerade deshalb, weil das Glas im glühenden Zustande geschnitten werden muß, bietet es bei seiner Bearbeitung große Schwierigkeiten. Der Glasmacher muß nicht nur ein sehr geschicktes Auge, und eine sichere Hand haben, er muß auch dabei schnell hantieren, denn mit der Erkaltung des Glases hört auch die Bildsamkeit der Fläche auf.

Die verschiedenen, jetzt in den meisten Glassfabriken gebräuchlichen Scheeren, Zangen und sonstigen Hilfswerkzeuge der Glasmacher sind derart primitiv konstruiert und von so roher Form, daß man sich jünglich noch über die Geschicklichkeit der Arbeiter wundern muß, welche mit Hilfe solchen Werkzeuges Gegenstände hervorbringen können, die selbst dem verfeinerten Geschmacke zusagen. Es ist außer Zweifel, daß auf diesem Gebiete noch viel gehanzt werden kann, die Leistungsfähigkeit der Hand zu erhöhen. Das Werkzeug soll in erster Linie — das wird jeder Laien einsehen — der Dimension des herzustellenden Gegenstandes entsprechen. Selbst dieser Ansforderung genügt man in vielen Glassfabriken nicht; der Glasmacher hat eine, zwei, höchstens drei verschiedene Größen Scheeren und Zangen, und formt mit diesen die verschiedensten Gegenstände. Wenn trotzdem die richtige Proportion erreicht wird, so geschieht dies durch die Geschicklichkeit des Arbeiters und durch Verlust an Zeit.

Fragen wir uns nun, wodurch dieser Stillstand ermöglicht ist, inmitten dem Fortschritte auf anderen, mit der Glassfabrikation zusammenhängenden Gebieten, so kommen wir darauf, daß es bisher als Aufgabe des Arbeiters angesehen wurde, sein Werkzeug selbst zu beschaffen. Man verlangt von dem Glasmacher einfach die Ware, ohne in den meisten Fällen sich darum zu kümmern, ob er auch das nötige Werkzeug besitzt, von Holz- und Metallformen ist natürlich hier abgesehen. Der Arbeiter ist erstens nicht intelligent genug, sein Handwerkzeug nach Bedarf zu beschaffen, zweitens besitzt er nicht die nötigen Mittel hierzu und daher kommt es, daß die heutige Generation der Glasmacher noch größtenteils dieselbe Art Werkzeuge besitzt, deren sich die vorhergegangene Generationen bedienten. Damals konnte man — den Zeitverhältnissen gemäß — auf die Herstellung eines Glasgegenstandes eine halbe Stunde verwenden, zu dessen Herstellung man jetzt nur 10 Minuten verwenden darf, wenn man ihn — dem Preise nach — verkaufsfähig herstellen will. Dabei soll aber das Neuherrn des Gegenstandes nicht leiden, muß — nach wie vor — ein sauberes sein.

Die manuelle Fertigkeit hat auch ihre Grenze; wenn also die Leistungsfähigkeit des Arbeiters gesteigert werden soll, muß zugleich auf Verbesserung des Handwerkzeuges gedacht werden. Das Misverhältniß zwischen dem heutigen Stande der Mechanik und der Beschaffenheit vieler, heutigen Tages noch gebräuchlichen Glasmacherwerkzeuge ist ebenso groß als das, welches zwischen der Fahrt auf einer Postkutsche und der Fahrt auf einem Eilzuge besteht.

W. Sch.

in der „Glashütte und Keramik.“

Sozialpolitische Nachrichten.

** Ueber die am Sonnabend, den 21. d. M., Vormittags erfolgte, von Seiten des Berliner Polizei-Präsidiums angeordnete polizeiliche Revision der Invalidenkasse der Deutschen Gewerbevereine bringen wir die folgenden Mittheilungen:

Im Verbandsbureau der Deutschen Gewerbevereine, Alte Jakobstraße 64, erschienen am Sonnabend Vormittag einige höhere Beamte des Agl. Polizei-Präsidiums, welche eine Legitimation des letzteren überreichten, wonach sie zur Revision der Grundlagen und der Geschäftsführung der Verbandskasse für die Invaliden der Arbeit beauftragt seien. Die Bureaubeamten erklärten, daß sie dem Polizei-Präsidium das Recht abstreiten müßten, die Revision einer privaten Kasse, wie die Verbands-Invalidenkasse, die nun schon 14 Jahre ohne behördlicherseits verlangte Einsicht arbeitet, vorzunehmen. Die Vertreter des Polizei-Präsidiums hielten sich indeß an ihren Auftrag, den sie event. mit Gewalt zur Ausführung bringen würden. Darauf unterbreiteten ihnen die Bureaubeamten alles erforderliche Material, gaben jede erbetene Auskunft und erwiesen zum Ueberfluß die Richtigkeit der Kassenführung durch Vorlegung der Kassenbücher und des Kassenbestandes. Die Vertreter des Polizei-Präsidiums sprechen ihre Beschiedigung über die exakte Geschäftsführung aus und äußerten zum Schluß der längeren Verhandlungen den Wunsch, die Stammtollen der Invalidenkasse und die Invalidenverzeichnisse mit sich nehmen zu können. Diesem Wunsche widersprachen die Bureaubeamten unter Hinweis darauf, daß hierdurch die Geschäftsführung der qu. Kasse lahm gelegt würde. Die Herren präsentierten nunmehr eine bezügliche Vollmacht des Polizeipräsidiums, der sich die Bureaubeamten unter Protest stützen. Was den Vertretern des Präsidiums aber nicht gewährt werden konnte und worauf sie einen besonderen Werth legten, das waren die Rechnungsgrundlagen der Invalidenkasse, welche sich im Besitz des Sachverständigen der Kasse befinden und welche sie „ihrem Sachverständigen“ überreichen wollten. Ueber die Verhandlungen zc. wurde ein ausführliches Protokoll aufgenommen. — Wie nicht mit Unrecht angenommen wird, handelt es sich bei dieser auf Anordnung der Regierung zurückzuführenden Maßnahme darum, aus dem reichen statistischen Material der Verbands-Invalidenkasse die Grundlagen für die regierungseitig geplante Arbeiterversicherung, an welchen es der Regierung bekanntlich fehlt, zu finden. Freilich hätte die Regierung auf einem weniger gewaltthätigen Wege dieses Material erhalten können von einer Kasse, welche von jeher ihre Verhältnisse öffentlich dargelegt hat; gegen die Berechtigung dieses Verfahrens wird zuständigen Orts Beschwerde erhoben werden. Wir bemerken noch ausdrücklich, daß die Revision sich nicht auf die Invalidenkasse des Gewerbevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter bezogen hat, und daß alle anderen über die Revision und deren Ursachen verbreiteten Gerüchte jede Unterlage entbehren.“

Soweit die Veröffentlichung der Herren Boehm, Bey und Mauch in der Presse. Der erste beschwerdeführende Schritt, der in der Sache gethan worden, ist leider erfolglos gewesen. Wir berichten hierüber:

"Der Anwalt der Deutschen Gewerksvereine, Reichstagsabgeordneter Dr. M. Hirsch, begab sich Dienstag Mittag mit einigen Beamten der Gewerksvereine in das Handelsministerium, um in einer Audienz bei dem Herrn Handelsminister über den polizeilichen Eingriff in die Verwaltung der Verbands-Invalidenkasse Beschwerde zu führen. Der Herr Handelsminister Fürst Bismarck war aber in Friedrichsruh, sein Vertreter, der Minister von Voetticher abwesend, und der Vertreter des Herrn von Voetticher . . . nicht informiert. So mußte die Deputation unverrichteter Sache wieder fortgehen."

Der nächste, in der Sache zu unternehmende Schritt wird nun eine Beschwerde beim Oberpräsidenten Herrn Dr. Achenbach und die Klage beim Bezirksverwaltungsgericht sein. Über das Resultat werden wir später berichten.

** H. G. Sachse †. Einer der treuesten Freunde der Deutschen Gewerksvereine, einer der edelsten Männer ist am Sonnabend voriger Woche aus dem Leben geschieden. Was ihm stets als Erstes, als Höchstes gegolten und ihm deshalb auch neben dieser inniger Beschiedigung schwere Nachtheile zugefügt hat, das brachte ihm auch den Tod: seine Opferwilligkeit im Dienste des Gemeinwohls! Von einer Stadtverordnetenitzung heimfehrend, warf ihn ein Schlaganfall aus Krankenlager, von dem er nicht wieder erstand. Sachse war im 70. Lebensjahr. Bei seiner Beerdigung hat sich der Zentralrat durch eine nach Magdeburg entsendete Deputation von 3 Mitgliedern vertreten lassen, und dadurch dem Verstorbenen seine Hochachtung noch am Grabe bekundet.

Vereins-Nachrichten.

§ Kopenhagen. Dienstag, den 10. Juli, hielt der Ortsverein der Porzellan- und verwandten Arbeiter eine Versammlung ab, welche um 9¹/₂ Uhr eröffnet wurde. Nachdem der als Guest anwesende Verbandstagsabgeordnete Herr P. Werner Leipzig von der Versammlung begrüßt, referirt derselbe über die Verhandlungen des Verbandstages in Stralsund in einem längeren aufklärenden Vortrage. Bei dem Artikel "Agitation" angelangt, macht das Mitglied Knösel darauf aufmerksam, daß die Agitation für Schleswig-Holstein noch keinen Anfang genommen, obgleich er sich seiner Zeit an den Zentralrat gewendet und dieselbe auch von dort beschlossen wurde. Die Versammlung beschließt, den Zentralrat darauf aufmerksam zu machen.*). Nachdem Herr P. Werner noch über unsere Invalidenkasse gesprochen und die Veränderungen in derselben von einem Theile der Mitglieder debattirt worden, spricht eines unserer Mitglieder im Namen der Versammlung dem Vortrag haltenden unsern Dank aus und wünscht, daß derselbe uns bald wieder einmal besuchen möchte, was Herr auch in Aussicht stellt.

Eduard Kunze, Schriftführer.

* In welcher Weise? Die Redaktion.

§ Bell a. D. Protokoll der Ortsversammlung vom 7. Juni 1883. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden Herrn Beyer um 8 Uhr Abends eröffnet. Anwesend waren 19 Mitglieder. Punkt 1, Zahlen der Beiträge, sowie auch Zahlen der Abonnements seitens der anwesenden Mitglieder wurde durch den Kassier erledigt. Zu Punkt 2 fand eine Besprechung wegen Aufnahme von Mitgliedern statt, welche nicht in unserm Fach beschäftigt sind, sowie über die über eine halbe Stunde entfernten Mitglieder wegen der Schwierigkeiten der Kontrolle. Zu Punkt 3 haben sich zur Aufnahme gemeldet: Georg Berg, Steingutdrucker und Philipp Bohmert, Gärtner. Da weiter nichts vorlag, so wurde die Versammlung um 10 Uhr geschlossen.

Wilhelm Ober, Schriftführer.

§ Neuhaus am Rennweg. Protokoll der Ortsversammlung vom 15. Juli 1883. Die Versammlung wurde durch den Vorsitzenden Herrn R. Kampf in Anwesenheit sämtlicher Mitglieder Abends 7 Uhr eröffnet. Nach Verlesen und Genehmigung des letzten Protokolls wurde in die Tagesordnung eingetreten. Punkt 1, Anmeldung und Aufnahme neuer Mitglieder. Es wurden aufgenommen Herr Max Wandner, Scheibenmodelleur, Neuhaus, und Herr Ferdinand Borchert, Dreher, Schmiedefeld. Beide werden dem Generalrat zur Aufnahme bestens empfohlen. Punkt 2 wurde durch Zahlen der Beiträge für den Gewerksverein sowie für die Krankenkasse erledigt. Nachdem zu Punkt 3 verschielene Besprechungen stattgefunden, erfolgt Schluss der Versammlung um 11 Uhr.

Anton Proschold, Schriftführer.

Veranstaltungskalender.

* Proabit. Generalratsitzung am Sonnabend, den 28. Juli, Abends Uhr bei Reicher, Stromstraße 48. T.-D.: 1. Buzdriften, 2. Fortsetzung der 2. Berathung der Unterstützungsanträge, 3. Kassenbericht, 4. Unterstützungsanträge, 5. Verschiedenes, 6. Aufnahme und Auschluß von Mitgliedern. — Alsdann Vorstandssitzung. T.-D.: 1. Buzdriften, 2. Kassenbericht 3. Verschiedenes, 4. Aufnahme und Auschluß von Mitgliedern.

Gust. Lenk, J. Bey, Georg Lenk.

Vorsteher, Hauptfasser, Hauptchriftführer.

* Althaldensleben. Ortsversammlung am Sonnabend, den

28. Juli 1883, Abends 8 Uhr bei Herrn Hebstreit. Tagesordnung: 1. Kassenbericht prs 2. Quartal 1883, 2. Anträge und Beschwerden, 3. Zahlen der Beiträge. — Nachdem Mitgliederversammlung der örtlichen Verwaltungsstelle mit derselben Tagesordnung.

Ferd. Kannenberg II, Schriftführer.

* Rudolstadt. Ortsversammlung am Sonnabend, den 28. Juli 1883, Abends 8¹/₂ Uhr im Schießhaus. Tagesordnung: 1. Mittheilungen, 2. Anmeldungen, 3. Rechnungslegung vom 2. Quartal 1883, 4. Konkurrenzfrage betreffend, Referent Dr. Henkel, 5. Fragekasten, 6. Einzahlung. — Hierauf Versammlung der örtlichen Verwaltungsstelle. Tagesordnung wie oben.

A. Müller, Schriftführer.

* Neust.-Magdeburg. Ortsversammlung am Sonnabend, den 28. Juli 1883, Abends 8 Uhr in der Neustädter Bierhalle. Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom 2. Quartal 1883, 2. Wahl eines Bibliothekars, 3. Gründung einer Medizinkasse seitens des Ortsverbandes, 4. Innere Angelegenheiten — Hierauf Versammlung der örtl. Verwaltungsstelle.

L. Lehmann, Schriftführer.

* Berlin. (Ortsverein der Porzellan- und Glasmaier.) Montag, den 30. Juli findet im Cafe Humboldt, Neue Grünstr. 32, Vorstellung statt.

R. Jahn, Schriftführer.

* Sorgau. Ortsversammlung am Sonnabend, den 4. August 1883, Abends 7 Uhr im Gasthofe zur Eisenbahn. Tagesordnung: 1. Zahlen der Beiträge, 2. Aufnahme neuer Mitglieder, 3. Wahl eines Revisors, 4. Anträge und Beschwerden. — Hierauf Mitgliederversammlung der Kranken- und Begräbniskasse mit ähnlicher Tagesordnung.

Hugo Schedotta, Schriftführer.

* Eisenberg. Ortsversammlung am Sonnabend, den 4. August 1883, Abends 8 Uhr in der Friedreich Heinrichschen Restauracion. Tagesordnung: Kassiren der Beiträge, Quartalsabschluß, Anträge und Beschwerden, sowie Verschiedenes. — Hierauf Versammlung der örtl. Verwaltungsstelle. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Wolfgang Bauer, Schriftführer.

* Neuhaus am Rennweg. Ortsversammlung am Sonntag, den 12. August 1883, Abends 8 Uhr im bestimmten Lokale. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Anton Proschold, Schriftführer.

Jur Nachricht!!

Alle Diejenigen, welche von Rudolstadt und Umgegend fort sind und noch Verbindlichkeiten haben an Hrn. Raithel, Hof, werden ersucht, mir ihre Adressen binnen 14 Tagen anzugeben, widrigfalls Bekanntmachung erfolgt.

Rudolstadt,
(M. 1,60).

B. Schachtschabel,
Maler.

Briefkasten der Redaktion.

Ant. Hilbig-Sorgau u. A. Sie finden die Angelegenheit in der heutigen Nr. unseres Blattes ausführlich dargelegt, und dürften Ihre Anfragen damit wohl erledigt sein.

Anzeige.

Für die Monate August u. September

beträgt der Abonnementspreis auf die täglich in zwei Bogen großen Formate erscheinende

„Freie Zeitung“

mit der Unterhaltungsbeilage „Freie Stunden“

nur 2 Mark

bei allen Postanstalten.

Die „Freie Zeitung“ hat sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens durch ihren anerkannt gediegenen Inhalt bereits in alle Kreise der Bevölkerung eingeführt. Die „Freie Zeitung“ vertreibt in entschiedener Weise das liberale Prinzip. Jede Nummer bringt Leitartikel über Tagesfragen, eine vollständige politische Übersicht, die neuesten Telegramme aus allen Welttheilen, reichhaltige lokale und provinziale Nachrichten, genaue und treue Originalberichte über Versammlungen und aus dem Gerichtssaal, preußische und sächsische Lotterielisten, Kurs- und Marktberichte, kurz Alles, was die Leser in einer politischen Tageszeitung zu finden berechtigt sind.

Die Reichs- und Landtagsberichte werden in ausführlichster Weise mitgetheilt.

Für die Unterhaltung ist durch spannende Romane und kleine fesselnde Erzählungen bestens Sorge getragen. — Den neu hinzutretenden Abonnenten wird der sensation erregende Original Roman

„Um des Mammons willen“

von W. Höser gratis und franko nachgeliefert. — In einem juristischen und ärztlichen

Briefkasten wird den Abonnenten Antwort auf ihre Fragen ertheilt. — Inserate 30 Pf. die Zeile, Arbeitsmarkt, besonders wirksam, 15 Pf. Namhafte Arbeitgeber wenden schon jetzt der „Freien Zeitung“ Arbeitsmarkt-Anzeigen zu.

Probenummern auf Verlangen unentgeltlich und frei.

Expedition der „Freien Zeitung“

C., Wallstraße 12.

Taschenliederbuch für Gewerksvereine versendet

a 50 Pf. H. Törner, Nathanael.

Verlag von Gustav Denke, Berlin N.W., Wilsnackerstr. 6.